

monitor



Das Kleinvieh macht den Mist

Hintergrund ➔ Die NPD in den Kommunalparlamenten

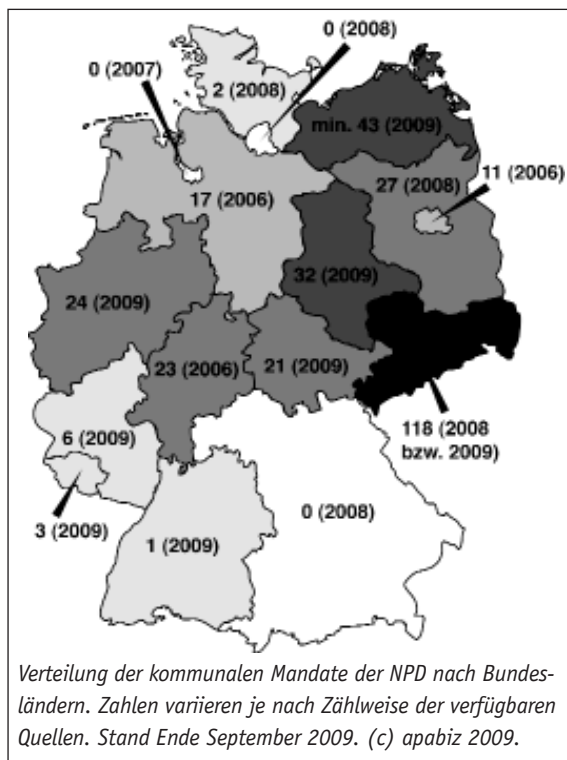
Im Gegensatz zu den medialen Großereignissen Bundestagswahl und sechs Landtagswahlen wurde den acht Kommunalwahlen, die 2009 ebenfalls stattfanden, weitaus weniger Beachtung geschenkt. Gerade dies sollte jedoch geschehen, konnte die neonazistische Partei in diesem Jahr doch mehr als 100 (!) kommunale Mandate hinzugewinnen.

Der Vorhang ist gefallen. Das »Superwahljahr 2009« ist beendet, und allerorten ist Erleichterung wahrnehmbar. Die NPD hat den angekündigten »Einmarsch in den Reichstag« mit 1,5% der Stimmen erwartungsgemäß deutlich verfehlt. Bei der sächsischen Landtagswahl gelang ihr mit 5,6% und nur noch acht Abgeordneten erstmalig der Wiedereinzug in einen Landtag. Den vielfach befürchteten Einzug in den Landtag von Thüringen verpasste sie mit 4,5% äußerst knapp. In Brandenburg erreichte sie lediglich 2,5% und wird wie die konkurrierende DVU, die auf etwa 1% abstürzte, auch hier nicht im Landtag vertreten sein.

Unerwarteter Mandatesegen

Auf kommunaler Ebene hingegen hat es die NPD geschafft, ihre Mandate massiv auszubauen – so stark, wie es die Partei selbst nicht für möglich gehalten hatte. Während sie 2003 nur einige Dutzend kommunale Mandate besaß, waren es Anfang dieses Jahres bereits 199. Nach den Wahlen vom 7. Juni 2009 konnte sie einen erneuten Zuwachs um über 50% verzeichnen und verfügt nun über mehr als 300 ParlamentarierInnen. Die NPD selbst spricht gar von angeblich »gut 450 kommunalen Mandatsträgern«.

Die fraglos besorgniserregenden Skandalergebnisse aus den »braunen Nestern« der sächsischen Schweiz (zum Beispiel 22% in Reinhardsdorf-Schöna) oder Ostvorpommerns (etwa 28,8% in Ueckermünde-Ost) sind dabei nur die auch in den Medien beachteten Höhepunkte. Denn die geringen Zustimmungswerte von durchschnittlich 2,3% in Sachsen, 3,2% in Mecklenburg-Vorpommern und 3,1% in Thüringen haben letztlich sehr viel größere Konsequenzen als dies zunächst den Anschein erwecken mag.



Demokratie stärkt die Kleinen - auch die NPD

Nach einem Urteil des Bundesverfassungsgerichts aus dem Jahre 2008 wurden in fast allen Bundesländern die bestehenden 5%- bzw. 3%-Hürden abgeschafft, wodurch es auch kleinen Parteien mit geringem Zuspruch von 1 bis 2% möglich wird, Abgeordnete in die jeweiligen Parlamente zu entsenden. Diese Begünstigung nutzt auch und gerade der extremen Rechten, die zudem von der geringen und stetig sinkenden Wahlbeteiligung profitiert.

In Sachsen konnte die NPD so die Zahl ihrer Mandate auf 118 steigern und ist in allen Kreistagen vertreten. Landesweit 21 Mandate und ebenfalls den Einzug in alle Kreistage erreichte die NPD in Thüringen. In Mecklenburg-Vorpom-

antifaschistisches pressearchiv und bildungszentrum berlin e.v. (apabiz)

lausitzerstr. 10 | 10999 berlin

geöffnet do von 15 bis 19 uhr und nach absprache

fon | fax: 030.6.11.62.49

mail@apabiz.de
http://www.apabiz.de

konto-nummer: 332 08 00

blz: 100 205 00

bank für sozialwirtschaft

monitor ist nicht im abo erhältlich, aber fördermitglieder bekommen ihn zugeschickt.

Das apabiz e. V. informiert seit 1991 über die extreme Rechte. Unsere Informationen stehen allen Personen und Initiativen zur Verfügung. Umgekehrt sind wir an Euren Einschätzungen und Erfahrungen interessiert. Gerne vereinbaren wir einen Austausch oder nehmen Euch in unsere Mailingliste auf.

Archiv: Für Recherchen halten wir unser Archiv bereit, das eines der größten dieser Art in der BRD ist. Wir verfügen über rechte Publikationen, Videos, CDs u.a.m. Diese Primärquellen werden ergänzt durch eine Datenbank, in der Presseveröffentlichungen seit Anfang der 90er Jahre erfasst sind, eine umfangreiche Präsenzbibliothek, verschiedene Sondersammlungen sowie antifaschistische Publikationen aus ganz Europa und den USA.

Bildung: Unser ReferentInnen-Katalog (siehe www.apabiz.de) umfasst mehr als 40 Vorträge und Seminare aus diversen Bereichen, für die ReferentInnen bei uns angefordert werden können. Zu bestimmten Themen haben wir ReferentInnen-Koffer erstellt, die die eigenständige Durchführung von Veranstaltungen ermöglichen, oder halten wir Handreichungen bereit.

Publikationen: Ergebnisse unserer Arbeit verwerten wir nicht nur im monitor, sondern auch in Broschüren, Pressemitteilungen, Handreichungen und sonstigen Publikationen. Diese und weitere Materialien findet ihr unter www.apabiz.de.



»Freude und Leben« gegen FeministInnen

Berlin • »Wir brauchen manchmal gar keine Argumente. [...] weil die Gesichter derer, die immer nur gegen das Leben sind, sind entstellt und [...] hässlich und die Pro-Lifer, die strahlen Freude aus und Leben, Gott sei Dank!«, so endete die Rede des Salzburger Weihbischof ANDREAS LAUN. Über 1000 sogenannte Lebensschüt-



zer – also Anti-FeministInnen, AbtreibungsgegnerInnen und radikale ChristInnen – hatten sich am 26. September versammelt, um in einem Schweigemarsch 1000 weiße Kreuze für die angeblichen 1000 Abtreibungen pro Werktag durch Berlin zu tragen. Organisiert wurde der jährlich stattfindende »Marsch für das Leben« wieder durch den BUNDESVERBAND LEBENSRECHT und seinen neuen Vorsitzenden MARTIN LOHMANN. Aufgrund der diesjährigen starken feministischen und antifaschistischen Proteste (»1000 Kreuze in die Spree«) von mehreren Hundert GegendemonstrantInnen waren die meisten RednerInnen der Lebensschützer sichtlich aus dem Konzept gebracht.

Neben LAUN traten als RednerInnen die Sportlerin MICHAELA FUCHS, CHRISTINA SCHÄFER (reueige und geläuterte Christin, die sich selbst als »Mörderin« bezeichnete) und FRANK LIBNER (BVL) auf. Libner hatte kurz vor dem Marsch der JUNGEN FREIHEIT ein Interview gegeben. Er verlas dieses Jahr u. a. Grußworte vom Berliner Bischof und Ratsvorsitzenden der Evangelischen Kirche in Deutschland, WOLFGANG HUBER, dessen katholischem Amtskollegen Kardinal GEORG STERZINSKY, NRW-Ministerpräsident ▶

mern sind es mindestens 43 kommunale Mandate – genauere Zahlen sind selbst mithilfe der Landeswahlleiter nicht zu ermitteln. Auch wenn die Zahlen in Relation zu den bundesweit über 200.000 kommunalen Mandaten verschwindend gering sein mögen, verändert sich dadurch einiges für extrem rechte Parteien. Nahezu überall wo die NPD kandidierte, gelang ihr der Einzug in das entsprechende Parlament. Ein extrem rechtes WählerInnenpotential von 1 bis 2% ist nahezu überall zu mobilisieren. Ausschlaggebend ist demnach allein, ob die Partei es schafft KandidatInnen aufzustellen.

»Wo wir antreten, ziehen wir ein«

Dem deklarierten Ziel der kommunalen Verankerung ist die NPD mit ihren zahlreichen Mandatsgewinnen einen gewaltigen Schritt näher gekommen. Diese Entwicklung ist nicht nur auf Ostdeutschland beschränkt. In Rheinland-Pfalz kandidieren DIE REPUBLIKANER (REP) seit Jahrzehnten für zahlreiche Gremien, nach eigenen Angaben bei der diesjährigen Kommunalwahl mit über 350 KandidatInnen, und schaffen regelmäßig den Einzug, wenn auch in diesem Jahr nur mit 17 Mandaten. Erstmals trat auch die NPD bei den diesjährigen Wahlen zu vier Kreistagen an – in allen gelang ihr auf Anhieb der Einzug.

In der hessischen Kleinstadt Wölfersheim – in der Presse bereits vor zwanzig Jahren als »der braunste Ort der Republik« betitelt – ist die NPD seit dreißig Jahren fester Bestandteil kommunaler Politik. Zwar sind die Wahlergebnisse der Partei abnehmend, und ihre Spitzenwerte von 22% liegen einige Jahre zurück. Jedoch erhielt sie bei der letzten Wahl 2006 noch einen Zuspruch von über 10%. Im Wetteraukreis, dem die Kleinstadt angehört, sitzen seit etlichen Jahren drei NPD-VertreterInnen im Kreistag. Sollte die NPD es schaffen, auch in den westdeutschen Bundesländern weitflächig zu kandidieren, werden sich auf lange Sicht gesehen hier die kommunalen Mandate ebenso vervielfachen.

In den Rathäusern auf Augenhöhe?

Es ist zu befürchten, dass eine schleichende Etablierung ähnlich jener der REP in den 80er und 90er Jahren die Folge sein könnte. Anfängliche Ablehnung wird möglicherweise einer Gewöhnung weichen – umso schneller, wenn es sich um vor Ort gesellschaftlich akzeptierte und »honorige« Leute handelt. Wenn etwa der bekannte und von allen geschätzte Klempner für die NPD kandidiert, wird nichts anstößiges empfunden, diesen auch zu wählen und ihm im Parlament auf Augenhöhe zu begegnen. Dem ersten freundlichen Grüßen folgt ein unverbindliches Flurgespräch, bis schließlich für einen NPD-Antrag gestimmt oder bei einem eigenen Antrag

die Zustimmung der NPD billigend in Kauf genommen wird.

Zwei wichtige Aspekte sind zu berücksichtigen, die diese Situation noch verschärfen: Erstens sind auch bei Abgeordneten der etablierten Parteien extrem rechte Einstellungsmuster vorhanden und somit Anknüpfungspunkte gegeben. Zweitens darf nicht automatisch davon ausgegangen werden, dass die VertreterInnen der etablierten Parteien kompetenter seien – weder in Sachfragen noch beim Einsatz »gegen Rechts«.

Seit 2003 besitzt die NPD, wie andere Parteien auch, mit der KOMMUNALPOLITISCHEN VEREINIGUNG (siehe Seite 4) eine Organisation zur Schulung ihrer MandatsträgerInnen. Neben gezielter Provokation setzt die NPD vor allem auf die Vermittlung von Seriosität und Kompetenz bezüglich lokalpolitischer Themen und macht sich somit bewusst weniger angreifbar. Auch wenn der realpolitische Einfluss der NPD in den meisten Parlamenten gering ist: Die These, die extrem Rechten würden sich allemal durch Untätigkeit und Inkompetenz selbst demontieren, verliert zunehmend an Stichhaltigkeit und wurde bereits vielerorts hinreichend widerlegt.

Die Erfahrungen – sowohl mit REP-Abgeordneten in Rheinland-Pfalz wie auch jenen der NPD in Sachsen – haben gezeigt, dass ihr Abstimmungsverhalten in bestimmten Konstellationen gar das Zünglein an der Waage sein kann. Dem mit Feudalfürstentum oder Geschäftsordnungstricks zu begegnen, ist oftmals die denkbar schlechteste Variante. Kann doch die NPD so ihr Märtyrerimage weiter ausbauen und sich als Rechtsvertretung des »kleinen Mannes« präsentieren. Ebenso dürfen die VertreterInnen der etablierten Parteien wie auch die (Lokal-)Medien nicht den Fehler machen, der Strategie auf den Leim zu gehen und die NPD an ihren realpolitischen Positionen zu messen.

Kommunale Kampfplätze

Den kommunalen MandatsträgerInnen der NPD erschließen sich zudem Befugnisse, die der gesellschaftlichen Etablierung der Partei dienlich sind. So muss ihnen rechtlich die Nutzung öffentlicher Räume gewährt werden, so wie z.B. für eine Veranstaltung des RING NATIONALER FRAUEN (RNF) die Volkshochschule in Berlin-Neukölln im September 2008. Desweiteren erhalten sie die Möglichkeit zur Einsicht in offizielle Papiere und Anträge. Wobei die Gefahr besteht, dass sie deren Informationen gegenüber politischen KontrahentInnen missbräuchlich nutzen.

Die kommunalpolitische Ebene muss im Umgang mit der NPD künftig eine sehr viel größere Rolle spielen als bisher. Eine analysierende Beobachtung und öffentliche Skandalisierung durch zivilgesellschaftliche Projekte wie etwa *Nazis in den Parlamenten* (NiP) existiert nur an



den wenigsten Orten und wird künftig aufgrund der inflationären Mandatsgewinne immer schwieriger. In den westlichen Bundesländern müsste eine entsprechende Projektlandschaft erst komplett neu geschaffen werden. Der Mangel an Beobachtungsprojekten sowie einer langfristigen wissenschaftlichen Auswertung macht sich schon jetzt bemerkbar. Die Auswirkungen der kommunalpolitischen Verankerung auf die überregiona-



le und bundesweite Ebene können nur schwer beurteilt werden.

Angesichts der drohenden Etablierung der NPD auf der kommunalen Ebene stehen gerade die anderen, demokratischen Parteien vor einer neuen Herausforderung, wollen sie im postulierten »Kampf gegen Rechts« glaubhaft bleiben. Es ist sehr fraglich, inwieweit in den unteren Gliederungen das Personal diesbezüglich auf Bundesparteilinie agiert. Zu befürchten ist, dass es in diversen Regionen nicht nur seitens der CDU sondern auch der SPD und FDP in lokalpolitischen Angelegenheiten punktuell kooperierendes Abstimmungsverhalten mit der NPD geben wird. Etwa dann, wenn wie bereits vorgekommen, ursprünglich von der CDU stammende Anträge andernorts wortgleich von der NPD gestellt werden.

Die etablierten Parteien werden sich hinsichtlich dessen verstärkt Gedanken über künftige Verhaltensweisen machen und ihrerseits ebenfalls Personal schulen müssen. Der schleichenden Etablierung und Normalisierung im Umgang mit der NPD gilt es entschieden entgegenzuwirken. Oberste Prämisse muss es sein, das neonazistische, menschenverachtende und demokratiefeindliche Weltbild zu fokussieren. Die NPD ist und bleibt keine Partei wie jede andere auch.

Frank Metzger/Felix Hansen

Ankündigung Broschüre *Dunkelfeld* erscheint in Kürze

Lebenswelten zwischen Rhein und Main

Hessen habe kein Problem mit Nazis, wird von der Landespolitik gerne behauptet. Übergriffe mit einem extrem rechten Hintergrund werden zu »Einzelfällen« heruntergespielt, die tatsächliche Situation wird weder wahrgenommen, noch problematisiert – sei es aus Ignoranz, Unwissenheit oder aus politischen Gründen.

Dass es vor Ort oft ganz anders aussieht und gerade im ländlichen Raum extrem rechte Lebenswelten längst akzeptierter Teil der Alltagskultur sind, zeigt eine neue Publikation. Unter dem Titel *Dunkelfeld. Recherchen in extrem rechten Lebenswelten rund um das Rhein-Main-Gebiet* veröffentlicht *argumente.netzwerk antirassistischer bildung e.V.* Anfang November eine neue Broschüre.

In Kooperation mit dem *Bildungswerk Anna Seghers* aus Wiesbaden und dem *Antifaschistischen Infobüro Rhein-Main* ist eine umfangreiche Bestandsaufnahme von Aktivitäten der extremen Rechten rund um Frankfurt am Main und den angrenzenden Regionen bis nach Mittelhessen und das angrenzende Rheinland-Pfalz entstanden, an deren Erstellung auch MitarbeiterInnen des *apabiz* mitgewirkt haben.

In sechs Kapiteln beschäftigen sich die AutorInnen mit Facetten und Erscheinungsformen der extremen Rechten. Neben der Klärung von grundsätzlichen Fragen – wo wirken sich rechte Lebenswelten im Alltag aus, was wird überhaupt unter einer Zivilgesellschaft verstanden – werden verschiedene Milieus und Gruppen unter die Lupe genommen. Dies reicht vom universitären Bereich über extrem rechte Parteien bis hin zu militanten Akteuren, wie beispielsweise den Nachfolgestrukturen des verbotenen BLOOD&HONOUR-Netzwerks in Hessen.

Dabei geht es aber den AutorInnen nicht darum, die einzelnen Gruppen bis in das letzte Detail vorzustellen, sondern beispielhaft die verschiedenen Erscheinungsformen der extremen Rechten darzustellen und zu analysieren. Daneben diskutieren die AutorInnen den möglichen Umgang mit extrem rechten Lebenswelten, sowohl auf kommunaler Ebene als auch bei Aufmärschen und diskutieren geeignete Gegenstrategien.

Bezug über mail@argumente-netzwerk.de.

apabiz

JÜRGEN RÜTTGERS (CDU), KARL JOSEF LAUMANN (NRW), der JUNGEN UNION (PHILIPP MISSFELDER) und der SENIOREN-UNION (OTTO WULFF) und des Europa-Abgeordneten MARTIN KASTLER (CSU). Mehrere Kreuze landeten in der Spree. ◀

Brandenburger DVU kopflos

Potsdam • Der langjährige Landesvorsitzende der DVU in Brandenburg, SIGMAR-PETER SCHULDt, ist tot. Laut einer DVU-Meldung verstarb Schuld, Jahrgang 1950, nach »langer schwerer Krankheit« am 23. August. Schuld war auch Kreistagsabgeordneter in Potsdam-Mittelmark und Abgeordneter sowie parlamentarischer Geschäftsführer im Brandenburger Landtag. Schuldts Aufgabenbereich in der Landtagsfraktion übernahm bis zu den Landtagswahlen der DVU-Abgeordnete NORBERT SCHULZE. In die Fraktion ist der Werderaner HARALD HEINZE nachgerückt.

Der DVU-Landesverband Brandenburg hat bisher noch keinen Nachfolger für den Landesvorsitz bekanntgegeben. Im neuen Brandenburger Landtag wird die DVU nach zwei Legislaturperioden nicht mehr vertreten sein. ◀

Vertrieb der Schulhof CD gestoppt

Berlin • Die NPD darf aufgrund einer Urheberrechtsverletzung nicht mehr ihre neue Schulhof-CD "BRD vs. Deutschland" vertreiben. Sie musste eine Unterlassungsaufforderung der EMI Music Publishing Germany GmbH folgen.

Die auf der CD vertretene Rechtsrock-Band HASSGESANG (Eisenhüttenstadt) benutzte für das Lied "Brot und Spiele" eine Melodie der amerikanischen Punk-Band Blink 182. Die CD darf in ihrer bisherigen Zusammenstellung nicht weiter verbreitet werden. Nach Aussage der NPD wurden 25000 Exemplare der Schulhof CD "BRD vs. Deutschland" gepresst.

Auch zur Neuauflage der Schulhof-CD haben *Argumente & Kultur gegen Rechts e.V.* (Bielefeld) und *Miteinander e.V.* (Sachsen-Anhalt) eine Handreichung als Argumentationshilfe veröffentlicht. Zu finden unter: www.apabiz.de ◀



FRONTBANN 24 gegen Drogen

Berlin • In den Morgenstunden des 5. September hielt die neonazistische Old-School-Kameradschaft FRONTBANN 24 in Berlin-Lichtenberg eine Kundgebung ab.

Rund 40 Neonazis trafen sich zu einer Mahnwache unter dem Motto »Drogen, nein danke – die Schule ist die Schranke«, um gegen einen Hanfladen im Weitlingkiez zu demonstrieren. Anmelder war UWE DREISCH, der noch eine kurze wirre Rede hielt, bevor nach 2 ½ Stunden Warten und Kaffeholen die meisten der Teilnehmenden zum Anti-Kriegstag nach Neuruppin aufbrachen.

Neben der KAMERADSHAFT MÄRKISCH ODER BARNIM (KMOB), die Transparente stellte, war auch SEBASTIAN SCHMIDTKE, Berliner Jungkader und NPD-Mitglied, anwesend. Zur Gegenkundgebung in Hörweite trafen ca. 60 AntifaschistInnen ein. ◀

Broschüren über Neonazis in Berlin und Brandenburg

Berlin-Brandenburg • Zwei Broschüren mit detaillierten Informationen über die Neonazi-Szenen in Berlin und Brandenburg sind unlängst von Antifagruppen veröffentlicht worden. Das Heft *Fight Back* widmet sich auf 76 Seiten ausführlich extrem rechten Berliner Organisationen wie den einschlägigen Parteien, der Kameradschaft FRONTBANN 24, der Rechtsrock-Szene und anderen Kameradschaften. Auch das Brandenburger Umland wird beleuchtet. Zum Download steht das Heft unter www.fightback.gulli.to bereit.

Den Landkreis Oberhavel in Brandenburg beleuchtet hingegen die Broschüre *Blickpunkt*. Auf angemessenen 32 Seiten werden die Eckdaten der Szenerie in dieser Region dargelegt. Seit einiger Zeit ist die Gegend als Wohn- und Rückzugsraum für Neonazis aus Berlin berüchtigt. Die Broschüre gibt es auf www.inforiot.de zum Download. ◀

Über die Kommune in den Bundestag

Profil ☉ Die KOMMUNALPOLITISCHE VEREINIGUNG (KPV) der NPD

Der Zuwachs kommunalpolitischer Mandate lässt auch die Bedeutung der Mandatsträger innerhalb der rechtsextremen NPD wachsen. Die bereits im Jahr 2003 gegründete und in der Öffentlichkeit wenig beachtete KOMMUNALPOLITISCHE VEREINIGUNG (KPV) vereint die Abgeordneten und bündelt deren Aktivitäten und Erfahrungen.

Das erste Mal in der 40-jährigen Geschichte der NPD verfügt diese seit Juni 2003 über einen eigenständigen Zusammenschluss ihrer KommunalpolitikerInnen. Treibende Kräfte der Gründung waren das damalige Bundesvorstandsmitglied PETER MARX sowie die Kreistagsfraktion im hessischen Wetterau, die mit RALF HASCHKE auch den ersten Vorsitzenden stellte. Vor allem die hessische NPD konnte zu diesem Zeitpunkt bereits auf jahrelange Erfahrung in der kommunalen Parlamentsarbeit zurück blicken.

»Sturm auf die Rathäuser«

Die Gründungsmitglieder gaben die Leitlinie aus, »über die Stadtparlamente und Kreistage in die Landtage und in den Bundestag« zu gelangen. Auch wenn vor inzwischen sechs Jahren noch die skeptische Einschätzung vorherrschte, dass der Einzug in Länderparlamente »zur Zeit kaum möglich sei«. Ihren Anteil an einer zukünftigen erfolgreichen parlamentarischen Repräsentanz der NPD sah die KPV so: »Vordringliche Aufgabe der KPV wird es daher sein, insbesondere den NPD-Landes- und Kreisverbänden bereits im Vorfeld von Kommunalwahlen beratend zur Seite zu stehen, unerfahrenen Kameraden die Scheu vor Kandidaturen zu nehmen, einheitliche kommunalpolitische Strategien zu entwickeln und damit die Anzahl der kommunalen Mandate erheblich zu erhöhen.«

Bereits ein Jahr später hatte die NPD bei Kommunalwahlen in vier Bundesländern 70 Mandate hinzu gewonnen. Die KPV organisierte für die neuen Abgeordneten einen »Erfahrungsaustausch« in »der kommunalen NPD-Hochburg Sachsen«. Im Vordergrund solcher Seminare stehen nach eigener Darstellung die Wissensvermittlung an die unerfahrenen Delegierten. Dabei werden zum einen die formalen Richtlinien der parlamentarischen Arbeit weitergegeben. Die KPV nennt hier: Ausschüsse, Beiräte, Anträge, Anfragen, Fraktionssatzung, Schatzmeisterei. Hinzu kommen parteiinterne, von der KPV erarbeitete »Arbeitsrichtlinien«, deren Inhalte nicht näher bezeichnet werden. Insgesamt soll durch solche Seminare und schriftliche Ausarbeitungen die Konsolidierung der parlamentarischen Basis erreicht werden.

»Wählerpotential ausschöpfen«

Zur treibenden Kraft in der KPV entwickelte sich ab 2006 der Dresdner Stadtratsabgeordnete des NATIONALEN BÜNDNIS (NB), HARTMUT KRIEN. Er weitete, noch als stellvertretender Vorsitzender, die Aktivitäten der KPV aus und verlagerte das Zentrum in die ostdeutschen Bundesländer. In Sachsen-Anhalt übernahm er die Vorbereitung auf die Kommunalwahlen 2007; in Sachsen umfasste die Schulungstätigkeit seit 2006 auch diejenigen NPD-Mitglieder, die sich erst auf eine Kandidatur vorbereiten wollten. Im Mai 2007 übernahm KRIEN den Vorsitz der KPV von STEPHAN MEISE (Rhein-Sieg-Kreis/Nordrhein-Westfalen). Der KPV-Vorsitzende ist seit Mai 2008 kraft Amtes Mitglied im Bundesvorstand der NPD.

Zu diesem Zeitpunkt verfügt die NPD über 118 kommunale Mandate. In seiner Antrittsrede formuliert KRIEN sein Credo der KPV-Arbeit: »Nahezu flächendeckend haben wir heute in Deutschland die Stammwählerschaft für ein Mandat in jedem Landkreis. Dieses Wählerpotential liegt brach. Es auszuschöpfen, dazu gehören zwei Dinge. Die Antrittsvoraussetzungen zu erfüllen und vorzeigbare Kandidaten aufzubauen.«

Seitdem hat die KPV regelmäßig Schulungen in den Bundesländern durchgeführt, so beispielsweise im Januar 2008 für die »Kameraden« aus dem kommenden »kommunalen Kampfplatz« Brandenburg, die in Rauen stattfand.

Bedeutung

Die KPV der NPD ist ein wesentlicher Faktor der Partei im »Kampf um die Parlamente«. Die Strategie, bereits in der Vorbereitung der Wahlen aktiv zu werden, hilft die durchaus berechtigten Hoffnungen der NPD zu erfüllen, ihre »Stammwählerschaft« zu mobilisieren. Dass deren Anteil teilweise unterhalb der 3% liegt, schadet nicht, denn kommunale Mandate sind bereits bei 1 bis 2% erreichbar. Die KPV ist zentraler Koordinator der kommunalpolitischen Professionalisierung und dient der Strategie der Parteiführung, wonach ein »kommunaler Unterbau« Gestalt annehmen sollte, um die Erfolgchancen bei Landtags- und Bundestagswahlen zu verbessern.

Ulli Jentsch

Eine ausführliche Fassung des Profils findet ihr unter www.apabiz.de



Der »Weiße Block« von Bad Nenndorf

Bericht ☉ Wie sich Neonazis Gedenken konstruieren

Am 1. August fand im niedersächsischen Bad Nenndorf zum vierten Mal in Folge der neonazistische »Trauermarsch« gegen das »alliierte Folterlager« statt. Gedacht werden sollte der angeblich zahlreichen »Unschuldigen«, die nach dem 2. Weltkrieg im von britischen Besatzungstruppen als Internierungslager genutzten Wincklerbad »zusammengepfercht, eingesperrt, misshandelt und teils bis zum Tode gefoltert« worden seien. Etwa 830 meist junge, militante Neonazis folgten dem Aufruf. Über 1000 Menschen protestierten dagegen.

Wie so oft nehmen es Neonazis auch in diesem Fall mit den historischen Fakten nicht so genau. Zwar gab es in der Tat ein britisches Internierungslager im Wincklerbad, in dem es auch zu Misshandlungen der inhaftierten Nazi-KriegsverbrecherInnen und auch von KommunistInnen kam. Nur wurde dies keineswegs, wie von den Verantwortlichen des »Trauermarsches« behauptet, Jahrzehnte »totgeschwiegen, verfälscht, relativiert, verdreht« und schon gar nicht endlich von ihnen aufgedeckt.

Im Gegenteil hatte ein britischer Journalist die Umstände bereits 1947 publik gemacht und damit die britische Regierung konfrontiert. Es folgte die Schließung des Lagers, eine umfassende Aufarbeitung und zahlreiche Verurteilungen der Verantwortlichen. Deutsche Neonazis wurden erst auf die Geschichte aufmerksam, als wiederum ein britischer Journalist 2005 einen Bericht veröffentlichte. Bei der jährlichen Trauerinszenierung werden diese Informationen verschwiegen - sie wären auch nicht hilfreich zur Schärfung des deutschen Opfermythos.

Der »Weiße Block«

Die Zahl der Teilnehmenden vervielfachte sich in den vergangenen Jahren. Waren es 2006 noch 100 und 2007 etwa 200, so kamen 2008 bereits ca. 400 Neonazis. Nicht zuletzt einer großen Werbeoffensive ist es geschuldet, dass in diesem Jahr etwa 830 Neonazis aus weiten Teilen des Bundesgebiets und der Niederlande nach Bad Nenndorf reisten. Von diesen durften allerdings nur etwa 700 am »Trauermarsch« teilnehmen und den vor Pathos und Hetze triefenden Redebeiträgen von u. a. CHRISTIAN MÜLLER (Anmelder), PATRICK FISCHER (Leipzig), CHRISTIAN MALCOCI, SVEN SKODA, RALPH TEGETHOFF (beide NRW) und DENNIS GIEMSCH (Dortmund) zuhören.

Angeblich zur Unterbindung verbotener Uniformierung hatte die Einsatzleitung schwarze Oberbekleidungsstücke verboten und vorbeugend weiße T-Shirts verteilen lassen. Etwa 130 Neonazis (darunter Mitglieder des FRONTBANN 24 aus Berlin) verweigerten diese und durften nicht mit-

marschieren. Die wohl beabsichtigte Schikane war jedoch kontraproduktiv, denn die einheitlichen weißen T-Shirts suggerierten noch viel-



Mal was Neues: Neonazis trauern in weißen T-Shirts, gesponsert von der Polizei in Bad Nenndorf.

mehr Uniformität. Die T-Shirts mussten zudem nicht wieder abgegeben werden und sollen jetzt »von einem Kameraden aus Tostedt« bedruckt werden.

»Trauermarsch« oder Flashmob? - 1:0 für die traditionelle Variante

Der »Trauermarsch« von Bad Nenndorf hat sich schon jetzt als fester Termin etabliert und wird als Ersatz für den auch in diesem Jahr verbotenen »Rudolf-Heß-Marsch« wahrgenommen. Diesbezüglich hatten AUTONOME NATIONALISTEN alternativ zu szenieintern umstrittenen Flashmobs aufgerufen, die großspurig in zig Städten angekündigt worden waren, meist aber bedeutungslos blieben oder gar nicht erst stattfanden.

Wie der »Trauermarsch« in Bad Nenndorf hingegen zeigt, sind historische (NS-)Bezüge für die Szene jedoch weiterhin zentral und haben ein hohes Mobilisierungspotential. Im Gegensatz zu anderen Themen bergen sie wenige Konfliktpunkte. NS-Pathos scheint doch nach wie vor der beste Kitt zu sein. Um dieser Entwicklung angemessen entgegenzutreten, werden verstärkte antifaschistische Proteste in den nächsten Jahren unumgänglich sein.

Frank Metzger

Aufschwung bei der PRO-Bewegung?

Nordrhein-Westfalen • Von einem »sensationellen Wahlerfolg« und einem »politischen Erdbeben an Rhein und Ruhr« sprachen die Spitzen von PRO NRW nach den Kommunalwahlen in Nordrhein-Westfalen am 30. August. Tatsächlich aber hatte es PRO NRW nicht geschafft, in irgendeinem Landkreis oder einer Stadt längs der Ruhr zu kandidieren. PRO NRW ist bislang ein Phänomen des Rheinlands mit zwei Exklaven in Gelsenkirchen und im ostwestfälischen Lemgo geblieben.

Immerhin zog PRO NRW in alle Parlamente ein, zu denen man kandidierte und am Ende holte die rechtspopulistische und rassistische Bewegung 21 Mandate in Stadträten, fünf in Kreistagen und 19 in Bezirksvertretungen. Eine ausführliche Übersicht der Wahlergebnisse der extremen Rechten in NRW liefert die aktuelle Ausgabe Nr. 36 der Zeitschrift *lotta*. ◀

Taschenbuch gegen Nazis

Bundesweit • *Das Buch gegen Nazis: Rechtsextremismus – was man wissen muss und wie man sich wehren kann* lautet der Titel eines Handbuchs, welches kürzlich im Kölner Verlag Kiepenheuer & Witsch erschien. Versammelt sind dort Beiträge aus dem Online-Portal *Netz gegen Nazis* der



Wochenzeitung *Die Zeit*, die um weitere Artikel ergänzt wurden.

Die *Agentur für soziale Perspektiven*, ein Partner des *apabiz*, hat für das Buch Teile der Broschüre *Das Versteckspiel* beige-steuert. Das 306 Seiten umfassende Buch ist von den Journalisten Toralf Staud und Holger Kulick herausgegeben und kann unter anderem über die Bundeszentrale für politische Bildung bezogen werden. Unser Urteil: empfehlenswert. ◀



Traditionsreiches Nazi-Treffen abgesagt

Ulrichsberg (Österreich) • Erstmals seit 50 Jahren fand das alljährliche Treffen auf dem Ulrichsberg in Kärnten (Österreich) nicht statt. Der TRÄGERVEREIN ULRICHSBERGGEMEINSCHAFT nahm die Anmeldung zurück, nachdem bekannt geworden war, dass der Geschäftsführer mit Nazi-Devotionen gehandelt hatte. Daraufhin hatte der österreichische Verteidigungsminister die Teilnahme von Bundeswehrangehörigen untersagt. Jedes Jahr trafen sich bisher ehemalige Angehörige der WAFFEN-SS gemeinsam mit rechten Politikern, Burschenschaftlern und Neonazis zum Gedenken an die »Gefallenen der beiden Weltkriege« in der Gedenkstätte am Ulrichsberg zur Kranzniederlegung. Als Ersatzveranstaltung führte die FREIHEITLICHE PARTEI ÖSTERREICHS (FPÖ) eine Kranzniederlegung am 20. September mit 150 Personen durch. Unter den TeilnehmerInnen waren auch Neonazis wie die langjährigen Kader GOTTFRIED KÜSSEL und HANS-JÖRG SCHIMANEK JR. An den Gegenprotesten beteiligten sich etwa 60 Personen. Weitere Informationen unter www.u-berg.at. ◀

Nachdruck von Nazi-Blättern bleibt erlaubt

München • Den Nachdruck von Nazi-Blättern aus der Zeit vor 1945 durch die Wochenzeitung *Zeitungszeugen* hält auch das bayerische Oberlandesgericht in München für statthaft. Das Land Bayern hatte gegen das Druckwerk des Londoner Verlages Albertas geklagt. Das Gericht entschied, dass der Nachdruck nicht gegen Urheberrechte verstieße, die nach 70 Jahren erlöschen. Zudem will der Herausgeber zur Aufarbeitung der Nazi-Zeit beitragen und die faksimilierten Ausgaben wissenschaftlich kommentieren. Zahlreiche Stimmen hatten das umstrittene Projekt unterstützt, nachdem das bayerische Finanzministerium gegen die Zeitung geklagt hatte. Das Land Bayern ist Rechtsnachfolger einer Vielzahl von Publikationen aus der NS-Zeit, die im damals größten Verlag, dem Münchner EHER-VERLAG, erschienen waren. ◀

An dieser Stelle berichten wir in jeder Ausgabe über einzelne Arbeitsgebiete, Projekte, Sammlungen etc. aus dem Archiv des *apabiz*, um so einen Einblick in unsere Arbeit zu ermöglichen.

archiv en detail Kinder- und Jugendbibliothek

Literatur für Jugendliche und Kinder über Verfolgung und Rechtsextremismus

Es gibt im Archiv eine imaginäre Schublade mit Projektideen. Einige davon konnten wir bereits umsetzen, andere schlummern manchmal jahrelang, bis sie endlich realisiert werden. Eines dieser Projekte, das sehr lange auf seine Umsetzung warten musste, läuft nun seit einigen Monaten im *apabiz*: der Aufbau einer Kinder- und Jugendbibliothek zum Themenbereich Rechtsextremismus, Antisemitismus und Rassismus.

Die Bibliothek des *apabiz* ist mit über 17.000 Publikationen ein wichtiger und umfangreicher Teil des Archivbestandes. Parallel zu den anderen Medien im Archiv ist auch unsere Bibliothek in einen Primär- und Sekundärbereich unterteilt. Letztgenannter ist wie unsere anderen Medien für Gäste frei zugänglich. Es handelt sich um eine Präsenzbibliothek, aus der jedoch unsere Fördermitglieder ausleihen dürfen.

Neue Sachgebiete

Dieser Bestand wird nun um ein neues Themenfeld erweitert: Kinder- und Jugendbücher, die sich mit dem historischen Nationalsozialismus, aktuellem Rechtsextremismus, Antisemitismus und Rassismus befassen. Es ist beeindruckend, wie umfangreich das Angebot an Literatur für die unterschiedlichen Altersgruppen ist. Gerade zum Thema Judenverfolgung gibt es neben der klassischen Schullektüre »Das Tagebuch der Anne Frank« eine Vielzahl von ergreifenden Erlebnisberichten, die erschütternde Schicksale schildern. Für die Auseinandersetzung von Jugendlichen mit dem Holocaust sind solche persönliche Schilderungen von Zeitzeugen enorm wichtig.

Aber auch Sachbücher zum aktuellen Rechtsextremismus sowie Bücher, die eine Auseinandersetzung mit Rassismus und Antisemitismus fördern, sollen sich in der Bibliothek wiederfinden. Es gibt auch schon für Kinder im Vorschulalter Bücher, die sich mit Rassismus auseinandersetzen, oft über die Thematik der Ausgrenzung, des »Fremden«, der »irgendwie anders ist«, vielleicht eine andere Hautfarbe hat oder kleiner ist als andere Kinder.

Es ist oft schwierig einzuschätzen, wann Kindern- und Jugendlichen ein Buch »zugemutet« werden kann. Vor allem die Literatur zum historischen Nationalsozialismus führt oft keine Altersangaben auf. Auch wenn es letztendlich Aufgabe



Für den Aufbau der Kinder- und Jugendbibliothek stehen uns Sachmittel zur Verfügung, doch werden diese kaum den Bedarf decken. Daher sind wir für Bücherspenden sehr dankbar. Gerne nehmen wir auch Literaturempfehlungen, Buchbesprechungen und Vorschläge entgegen. Danke!

der ErzieherInnen oder Eltern ist, diese Entscheidung zu treffen: mit der Erstellung von Literaturlisten für die verschiedenen Alters- oder Klassenstufen möchten wir die Einschätzung erleichtern.

Literatur-Arbeit

Eine Idee im Rahmen des Projektes ist die Erstellung von Leihkisten für Kitas, Schulen oder andere Kinder- und Jugendeinrichtungen. Wir möchten für die unterschiedlichen Alterstufen Kisten mit empfehlenswerter Literatur zu einem speziellen Thema anbieten. Das könnte beispielsweise eine Leihkiste mit 5-6 Medien (Bücher, Broschüren, Hörbücher) zum Themenbereich »Widerstand im Nationalsozialismus« für 7 bis 8-Jährige sein. Diese Kiste kann bei uns für einen bestimmten Zeitraum ausgeliehen werden und so beispielsweise Projekttag an Schulen bereichern.

Für die Durchführung des Projektes wurden uns Stellen über Programme zur Einstellung von Langzeitarbeitslosen (ÖBS/Kommunal Kombi) bewilligt, die vom Land Berlin kofinanziert werden. Wir hoffen, dass das Projekt dazu beiträgt, die Auseinandersetzung von Kindern und Jugendlichen mit den verschiedenen Aspekten des Nationalsozialismus und Rechtsextremismus auf eine Art zu führen, die ihren besonderen Ansprüchen entspricht.

Kathrin Klever



Analyse oder Entschuldung?

Sammelrezension ➔ Aktuelle Bücher über AussteigerInnen und Ausstiegsprozesse

Sich mit AussteigerInnen aus der extremen Rechten zu beschäftigen, hat einige gute Gründe und kann sehr aufschlussreich und erhellend sein, aber auch der selbstgerechten Selbstdarstellung von Ex-Nazis ein Forum bieten. Ein kurzer Streifzug durch die aktuelle AussteigerInnen-Literatur.

Kritische Aufarbeitung rechter Biografien

Schon 2006 erschien das Buch »Der Hass hat uns geeint« der Berliner Psychologie-Professorin BIRGIT ROMMELSPACHER. In diesem Buch wertet sie ein knappes Dutzend (Auto-)Biografien von AussteigerInnen aus. Das sind zwar nicht sehr viele, aber sie werden ergänzt durch einige Interviews und die Autorin reflektiert durchaus die möglichen Fallstricke für Fehlschlüsse und falsche Generalisierungen. So werden die Aussagen der AussteigerInnen (bzw. oftmals genauer: von »AuhörerInnen«) immer kontextualisiert und kritisch reflektiert.

Das Buch beginnt mit einer Darstellung der Einstiegsprozesse, die durch eine Fülle von Zitaten aus besagten Biografien verdeutlicht sind. Es folgt eine Analyse des Rechtsextremismus im allgemeinen, dazu eine Darstellung der Theorien zum Rechtsextremismus mit Schwerpunkt auf der von Rommelspacher vertretenen Dominanztheorie. Dieser große Mittelteil des Buches bietet eine gute Einführung in das Thema Rechtsextremismus generell, gar nicht unbedingt in das Thema AussteigerInnen, nur hätte man ihn dem Titel nach gar nicht erwartet. Nach einer Beschreibung der Erfahrungen in der rechtsextremen Szene und von Ausstiegsprozessen, beleuchtet die Autorin noch Strategien gegen Rechtsextremismus mit einem angenehm kritischen Blick - auch gegenüber Programmen wie EXIT und der Fokussierung auf die TäterInnen im Allgemeinen.

»Ein Werkstattbericht« ohne Tiefe

Ohne jegliche weitere Primär- und Sekundärquellen auszukommen meint das frisch erschienene Buch über *Ein- und Ausstiegsprozesse von Rechtsextremisten*. Dieses Buch will im Prinzip das Gleiche wie Rommelspacher, nur hört es leider drei Schritte vorher auf - vor einer Analyse und Einordnung der Biografien, vor einer Bewertung und eigenen Positionierung zu Ausstiegsprozessen im allgemeinen und vor einer kritischen Kontextualisierung des Phänomens im Rechtsextremismus. Und es kommt drei Jahre später.

Dass Mit-Herausgeber THOMAS PFEIFFER Mitarbeiter des Verfassungsschutzes ist, verschweigt uns das Buch seltsamerweise - so entlarvt sich das ent-

haltene Lob für staatliche Ausstiegsprogramme als Selbstreferenz. Dass der Großteil der Broschüre aus einer Zusammenfassung und Paraphrasierung der Biografien besteht, ist eigentlich das einzig Positive. Ansonsten ist es ein Werkstatt-Bericht, der aus einem Uni-Wochenendseminar hervorgegangen ist. Warum es gedruckt unter die Leute gebracht wird, ist schleierhaft.

Mogelpackung aus Brandenburg

Das neue Buch der AWO zum Thema - *Abkehr von rechtsextremistisch motivierter Gewalt, Einsichten von Strafgefangenen* - hingegen scheint einen politischen Auftrag zu erfüllen. Die Formulierung auf dem Klappentext, wonach »Gewalttäter ihre menschenverachtenden Ideologie abgeschworen« hätten, suggeriert, dass im Mittelpunkt des Buches die Beschäftigung mit Ausgestiegenen oder wenigstens aussteigenden (Ex-)Neonazis stünde. Doch weit gefehlt: »Ein Beispiel: Einer hat eine schwere Straftat verübt, die als rechte Tat gedeutet werden kann. Also kommt er in U-Haft und gilt schon als Rechter...«, so klagt JÜRGEN SCHÖNNAGEL vom Blauen Kreuz, der eine Wohngruppe von (Ex-)Neonazis in einem Brandenburger Gefängnis betreut. SCHÖNNAGEL, in den 1960er Jahren in der DDR Mitbegründer einer NPD MITTELDEUTSCHLAND, ist heute geläuterter Christ. In dünnen und langweiligen »Selbstreflexionen«, aufgezeichnet vom MAZ-Journalisten FRANK SCHAUKA, findet hier lediglich die Relativierung rassistischer und extrem rechter Gewalt als jugendliche Dummheit statt. Ausführlich kommen Strafgefangene zu Wort, die darüber berichten, wie pubertär sie damals waren als sie Linke und »Ausländer« krankenhausreif geprügelt haben. Motivation sei die Lust an Gewalt, Provokation, der Alkohol und - ja - Dummheit gewesen. Eine politische Dimension wird verniedlicht oder ignoriert.

Dass Brandenburger Politprominenz Vorworte beige-steuert hat, macht dieses Buch beim besten Willen nicht wertvoller.

Eike Sanders

Birgit Rommelspacher: »Der Hass hat uns geeint«. *Junge Rechtsextreme und ihr Ausstieg aus der Szene*. Frankfurt/Main 2006: Campus Verlag.

Reinhard Koch, Thomas Pfeiffer (Hrsg.): *Ein- & Ausstiegsprozesse von Rechtsextremisten - Ein Werkstattbericht*. Braunschweig 2009: Arbeitsstelle Rechtsextremismus und Gewalt.

Arbeiterwohlfahrt Brandenburg e.V. (Hrsg.): *Abkehr von rechtsextremistisch motivierter Gewalt - Einsichten von Strafgefangenen aufgezeichnet von Frank Schauka*. Brandenburg 2009: AWO.

MAREK EDELMAN gestorben

Polen • MAREK EDELMAN war der letzte überlebende Anführer im Kampf der polnischen Jüdinnen und Juden gegen das deutsche Nazi-Regime. Er organisierte den bewaffneten Widerstand im Warschauer Ghetto, der in dem Aufstand 1943 gipfelte. EDELMAN überlebte im Untergrund, kämpfte erneut gegen die deutschen NS-Besatzer im Warschauer Aufstand von 1944, erlebte die Befreiung durch die Rote Armee 1945. EDELMAN blieb in Polen, arbeitete erfolgreich als Arzt und berichtete in Wort und Schrift immer wieder über den Kampf um das Überleben gegen die Vernichtungspläne der Nazis. MAREK EDELMAN starb am 2. Oktober 2009 im Alter von 87 Jahren. ◀

Islamfeindliche Kundgebung in Berlin

Berlin • Den Tag der »offenen Moschee« hat der Verein PAX EUROPA BERLIN zum Anlass für eine Kundgebung vor der Berliner Gedächtniskirche genommen. Etwa 220 TeilnehmerInnen versammelten sich dort unter dem Aufruf »Für Menschenrechte - Gegen Unterdrückung«. In einer ersten Einladung hatten die Organisatoren unter dem Berliner CDU-Abgeordneten und Landesvorsitzenden von PAX EUROPA BERLIN, RENÉ STADTKEWITZ, noch von einer »Okkupation« des Tages der deutschen Einheit durch den Tag der offenen Moschee gesprochen, dieses Motto dann aber geändert. Neben dem Vorsitzenden des Heinersdorfers Anti-Moschee-Bündnis IPAHB, JOACHIM SWIETLIK, sprach u. a. ROBERT SPENCER, US-amerikanischer Gründer des islamfeindlichen Weblogs JIHADWATCH, auf der Kundgebung.



An einer Gegenkundgebung beteiligten sich über 300 Menschen, darunter VertreterInnen vieler religiöser Gemeinden Berlins. Im Bild die ehemalige Integrationsbeauftragte Berlins, Barbara John. ◀



Abonnieren...

...kann man den *monitor* nicht. Aber wer Fördermitglied des apabiz e.V. wird, der bekommt ihn kostenlos zugeschickt! Spenden und vor allem ein fester Kreis von Fördermitgliedern sind für unsere Arbeit unersetzbar. Sie sichern den Erhalt unseres Projektes unabhängig von öffentlichen Geldern und damit unabhängig von gesellschaftlichen Stimmungen. Die Spenden sind steuerlich absetzbar.

► Fördermitglied werden

Ihr spendet uns einen festen monatlichen Betrag, den wir von Eurem Konto abbuchen. Alternativ ist auch die Einrichtung eines Dauerauftrages möglich. Dafür erhaltet Ihr diesen Rundbrief mit unserer internen Beilage, werdet mit Informationen versorgt und bekommt einen Kaffee, wenn Ihr vorbeikommt.

► Spenden

Ihr überweist einfach einmalig oder per Dauerauftrag auf unser Konto (s. S. 1). Für die Ausstellung einer Spendenbescheinigung müsst Ihr uns allerdings noch Eure Daten zukommen lassen. Auch Sachspenden sind willkommen.

► Fördermitgliedschaft

Hiermit erteile ich dem apabiz e.V. eine Einzugsermächtigung über monatlich _____ Euro (mind. 5 Euro).

► Dauerauftrag/Einmalige Spende

Ich habe zur Unterstützung Eurer Arbeit

- einen Dauerauftrag eingerichtet.
 einmalig _____ Euro überwiesen.

Kontonummer: _____

Bank und BLZ: _____

Name/Organisation: _____

Adresse: _____

e-mail: _____

Unterschrift: _____

- Spendenbescheinigung erwünscht (Fördermitglieder und Dauerspenden erhalten diese einmal jährlich)

Neu im Archiv

In dieser Rubrik wollen wir Euch einen kurzen Überblick über Bücher, Broschüren und andere Medien geben, die im Archiv neu eingegangen und ab sofort ver-

fugbar sind. Darüber hinaus werden wir auf bestimmte Sachgebiete hinweisen, zu denen Ihr Sammlungen bei uns finden könnt. Danke an die Verlage.

• *Krausnick, Michail; Ruegenberg, Lukas: »Elses Geschichte – Ein Mädchen überlebt Auschwitz«. Patmos Verlag, Düsseldorf 2007.*

Authentische Geschichte der Else Matulat, eines »Zigeunerkinde«, das 1943 nach Auschwitz deportiert wird. »Kann man ein Kinderbuch über Auschwitz schreiben? Kann man einem Kind von neun Jahren das Schicksal einer von den Nazis verfolgten Altersgenossin vermitteln, ohne entweder zu verharmlosen oder Schaden anzurichten?« fragte Maria Riederer in ihrer Rezension dieses Buches im Deutschlandfunk – ihr Fazit: es sei »ein Glück, dass der Autor Michail Krausnick Elses Geschichte heute erzählt. Gegen das Vergessen und für die Kinder von gestern und heute«.

• *Deutschkron, Inge; Ruegenberg, Lukas: »Papa Weidt«. Butzon & Bercker Verlag, Kevelaer 2006, ab 8 Jahren.*

Inge Deutschkron erzählt ihre Geschichte und die von »Papa« Weidt. Er war ein Gegner der Nazis und half verfolgten jüdischen Menschen. Otto Weidt hat in der Zeit von 1940 bis 1944 mit großem Einsatz einigen Jüdinnen und Juden das Leben gerettet. Mit einfachen Sätzen versucht die Autorin Kindern ihre positiven Erfahrungen aus dieser dunklen Zeit zu vermitteln. Sie schildert, was es damals hieß, Jüdin zu sein, dass aus Diskriminierungen Mord wurde. Die Geschichte von dem guten und listigen Otto Weidt und »seinen« Juden verstehen bereits Achtjährige.

• *Vander Zee, Ruth; Innocenti, Roberto: »Erikas Geschichte«. Sauerländer Verlag, Düsseldorf 2003, ab 6 Jahren*

1995, fünfzig Jahre nach Ende des Zweiten Weltkrieges erzählt eine Frau bei einer zufälligen Begegnung der Autorin Ruth Vander Zee ihre Überlebensgeschichte: die Geschichte einer Mutter, die auf der Fahrt in den Tod aus Liebe ihr Kind ins Leben warf.

Mit schönen Bildern und einem einfachen Text erzählt Ruth Vander Zee mit viel Feingefühl die authentische Geschichte einer Überlebenden. Mit dieser Geschichte kann man Kindern das Thema Holocaust erklären und sie über den Hass auf das »Andere« aufklären. Mit einem aus dem Coverkarton ausgestanzten und herausnehmbaren Stern.

• *Herman-Friede, Eugen: »Abgetaucht: Als U-Boot im Widerstand«. Gerstenberg Verlag, Hildesheim 2009, ab 12 Jahren.*

Eugen Herman-Friede erzählt die Geschichte

seiner eigenen Kindheit und Jugend in Kreuzberg. Er wird zum »U-Boot«, wie die abgetauchten Berliner Juden und Jüdinnen sich seit 1938 selbst nannten und bildet zusammen mit Nazi-Gegnern eine Widerstandsgruppe.

Leicht verständlich erzählt der Autor von seiner persönlichen Entwicklung im Deutschland der 1930er Jahre. Durch seine kindliche und naive Perspektive gelingt ihm eine authentische und insbesondere für Kinder sehr ansprechende Schilderung der damaligen politischen Ereignisse.

Der Band ist mit Fotos und Dokumenten ausgestattet. Eine Zeittafel über die antijüdischen Gesetze, die jüdische Deutsche immer mehr aus dem öffentlichen Leben ausgrenzten, hilft den jugendlichen LeserInnen bei der Orientierung.

• *Heuvel, Eric: »Die Entdeckung«. Anne Frank Haus/Widerstandsmuseum Friesland, Zaandam 2003.*

Heuvel, Eric; van der Rol, Ruud; Schippers, Lies: »Die Suche«. Anne Frank Haus in Zusammenarbeit mit dem Jüdischen Historischen Museum Amsterdam, Amsterdam 2007.

Die beiden Hefte schildern die Geschichte einer niederländischen Familie als Comic. Im ersten Heft »Die Entdeckung« findet Jeroen das Tagebuch seiner Großmutter und erfährt, dass während des Zweiten Weltkrieges in seiner Familie Dinge passiert sind, über die nie geredet wurde.

Der zweite Teil »Die Suche« geht näher auf die Judenverfolgung und den Holocaust ein und erzählt vom Schicksal einer fiktiven jüdischen Familie, die in das Konzentrations- und Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau deportiert wurde.

Das Info-Paket vom apabiz e.v.



Nicht nur für Vereine und Institutionen, sondern für alle, die in den Genuss des gesamten Service des apabiz e.v. kommen möchten, gibt es jetzt unser **Info-Paket** in den Größen S, M und L:

- je 3/10/20 Exemplare des *monitor* pro Ausgabe
- den **ReferentInnen-Katalog** inklusive Updates
- zwei Exemplare aller **neuen Publikationen** des apabiz e.v. (Broschüren, Handreichungen etc.)
- **Sonderkonditionen** bei Nachbestellungen und Recherche-Anfragen

gibt es für 70 Euro / 100 Euro / 130 Euro im Jahr!